

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- 38. Tagung -

Dienstag, den 2. Oktober 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 17.10 Uhr

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl S.1863

- 1. Erklärung der Vorsitzenden der Fraktionen in der Volkskammer der DDR zum Abschluß der 10. Wahlperiode** S.1863
 - Dr. Krause, Vorsitzender der Fraktion CDU/DA .. S.1863
 - Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner S.1865
 - Dr. Gysi, Vorsitzender der Fraktion der PDS S.1865
 - Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder S.1865
 - Prof. Dr. Ortleb, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion S.1865
 - Stellvertreter der Präsidentin Helm S.1867
 - Dr. Höppner für die Fraktion der SPD S.1867
 - Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall S.1868
 - Schwarz für die Fraktion der DSU S.1868
 - Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann S.1870
 - Prof. Dr. Reich für die Fraktion Bündnis 90/Grüne S.1870
 - Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner S.1871

- 2. Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer der DDR, Frau Dr. Bergmann-Pohl** S.1871

Ende der Tagung: 18.45 Uhr

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Die 38. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik - und das ist zugleich eine Festsitzung - ist eröffnet.

Ich begrüße sehr herzlich die zu unserer festlichen Tagung erschienenen in- und ausländischen Gäste. Besonders herzlich willkommen heißen möchte ich Frau Vizepräsidentin Renger, Herrn Vizepräsident Stücklen, Herrn Vizepräsident Westphal, den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dr. Vogel, sowie Mitglieder des Ältestenrates des Deutschen Bundestages und Mitglieder der Verwaltung des Bundestages.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns: Seit der Konstituierung unseres erstmals frei gewählten Parlaments am 5. April 1990 wurden in 37 Tagungen der Volkskammer 164 Gesetze und 93 Beschlüsse beraten und verabschiedet.

Unser parlamentarisches Wirken wurde getragen von unserem Willen, als frei gewählte Volksvertreter den Weg zur deutschen Einheit so optimal wie möglich für die Menschen in unserem Teil Deutschlands zu gestalten. In oft mühevoller Arbeit haben wir den Versuch unternommen, mit der Entwicklung wahrhaft demokratischer Elemente die 16 Millionen Bürger anzuspornen und zu ermuntern, den Weg in ein einiges deutsches Vaterland aufrechten Ganges zu beschreiten.

Wichtige von unserem Hohen Hause debattierte und verabschiedete Gesetze wie die Verfassungsgrundsätze, das Länder-einführungsgesetz, der 1. Staatsvertrag, der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik stellen ebenso bedeutsame Zeugnisse unserer Zeit dar wie der Beschluß der Volkskammer zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, die Erklärung der Volkskammer zur Westgrenze Polens sowie die Erklärung der Volkskammer zum Irak.

Ich danke allen Abgeordneten, den Fraktionen, den Ausschüssen und nicht zuletzt allen Mitarbeitern der Verwaltung der Volkskammer, die in dieser komplizierten Periode weder Kraft noch Zeit gescheut haben, diese Arbeit unseres Parlaments durch ihr Engagement zu gestalten und zu unterstützen.

Mein Dank gilt vor allem meinen Kollegen im Präsidium der Volkskammer, den Vorsitzenden der Fraktionen und der Ausschüsse sowie den Parlamentarischen Geschäftsführern und ihren Mitarbeitern.

Meinen besonderen Respekt entbiete ich dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und seinem Vorsitzenden, Herrn Lothar de Maizière, für das, was sie für unser Land, für unser Volk in diesen ereignisreichen Monaten auf dem Weg zur staatlichen Einheit unseres Vaterlandes zu leisten bemüht waren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Punkt 1 der Tagesordnung:

Erklärungen der Vorsitzenden der Fraktionen in der Volkskammer der DDR zum Abschluß der 10. Legislaturperiode.

Ich bitte nun den Vorsitzenden der CDU/DA-Fraktion, den Abgeordneten Dr. Günther Krause, das Wort zu seiner Erklärung zu nehmen.

Dr. Krause, Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Demokratie ist Diskussion.“ Dies sagte vor rund 70 Jahren Tomas Masaryk, Staatspräsident der Tschechoslowakei und Vater von Jan Masaryk, dem Außenminister dieses Landes, der 1948 beim kommunistischen Staatsstreich ums Leben kam.

„Demokratie ist Diskussion.“ An diese kurze, aber treffende Definition mußte ich häufig denken, wenn in den hinter uns liegenden 37 Sitzungen der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer der DDR die Diskussion kein Ende zu nehmen schien. Manche haben unser Ringen um den besten Weg bisweilen mißverstanden und unseren leidenschaftlichen und auch heftigen Gedankenaustausch, unseren politischen Meinungsstreit mit wenig höflichen Worten begleitet.

Ich plädiere gleichwohl für die leidenschaftliche, für die politische Debatte, für den Meinungsstreit um der Sache willen. Ich halte ihn für unverzichtbar. Er ist der Urstoff, er ist ein Grundelement der Demokratie.

Nachdem wir 40 Jahre - nein, eigentlich ja 57 Jahre in Diktaturen leben mußten und unter ihnen das freie Wort und die offene Debatte verpönt waren, ja das Andersdenken und Andershandeln untersagt und verfolgt wurden, ist es mehr denn je richtig und wichtig, die politische Auseinandersetzung zu suchen und sie zu fördern, nicht deswegen, weil wir Lust am Streit haben, sondern weil wir Lust haben, gemeinsam den besseren, ja den besten Weg zu suchen und zu finden.

Demokratie, das ist nicht einfach eine neue Seite in unserem Leben, die aufgeschlagen wurde und die wir nun mit beschreiben müssen. Demokratie will errungen sein und ständig verbessert werden. Daß es in dem neuen Staat, dem wir in wenigen Stunden beitreten, diese Mittel und Möglichkeiten der Verbesserung gibt, beweist die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlgesetz. Abgesehen davon, daß dieses Ergebnis stets unserer Auffassung entsprach,

(Heiterkeit)

ist für uns alle eine neue Erfahrung, daß ein Gericht korrigierend in das politische Handeln eingreifen kann. Ich möchte die Kollegen, die jetzt lächeln, daran erinnern, daß wir im Sommer eine Diskussion kräftig und heftig um zwei Wahlgebiete geführt haben und daß unser Ministerpräsident maßgeblich diese Regelung verteidigt hat.

Es ist schon ein großer Vorzug, in einem Rechtsstaat zu leben, und ich denke, dieses Urteil beweist, daß es ein Vorzug ist. Ich empfinde immer wieder Freude und Dankbarkeit und auch Stolz, daß die Bürger der DDR - der Noch-DDR - Freiheit und Demokratie errungen haben. Das ist unser Verdienst. Nicht mit Attentaten, nicht mit Feuer und Schwert, sondern mit Friedensgebeten, mit Demonstrationen und mit brennenden Kerzen.

Was im Herbst 1989 geschah, war nicht nur ein Sieg der Freiheit und der Demokratie über Unfreiheit und Diktatur, sondern auch ein triumphaler Sieg der Vernunft über die politische Unvernunft. Und wir sollten darauf verweisen, daß eine große Breite von Menschen diesen Sieg erreicht hat.

Jetzt sind wir alle gefordert, die Demokratie zu praktizieren, weiter zu praktizieren, weiter so zu praktizieren, wie wir es hier begonnen haben, nicht fernab von den Bürgern, sondern im ständigen Kontakt mit ihnen, nicht abgehoben, sondern basisverbunden, nicht im Sinne der Politiker, sondern im Sinne der Bürger.

Ich glaube, nach 37 Sitzungen der Volkskammer feststellen zu dürfen: Wir haben ohne jede demokratische Erfahrung die Demokratie mindestens erfolgreich gesucht. Mag das eine oder andere auch etwas unbeholfen ausgesehen haben oder gar auch ungeschickt, es war höchstens Unerfahrenheit.

Manche meinen, die Meinungsverschiedenheiten seien zu hart aufeinandergestoßen. Das ist ein zunächst richtiger Eindruck. Aber wer aus dem Mutterland der Demokratie, aus Großbritannien, Parlamentsdebatten zur Kenntnis nimmt, der wird sehr schnell merken, wie hart und unerbittlich gerade auch dort gekämpft wird, allerdings gern mit dem Florett, weniger gern mit dem Dreschflegel.

Auch mit anderer Kritik wurde nicht gespart. Wir hätten zum Beispiel zu viele Auszeiten genommen, war immer wieder zu hören. Ich möchte darauf antworten: Auch wenn die sogenannten Auszeiten den Abschluß vieler Debatten verzögerten, sie waren für mich ein Urbild demokratischer Willensbildung in den Fraktionen. Sie waren ein gutes, ein positives Zeichen unserer verstandenen Parlamentsarbeit. Nicht die Jungs in der ersten Reihe machten den Geschäftsablauf und die Meinungsbildung unter sich aus, sondern jeweils die gesamte Fraktion.

Auch wenn die Debatten noch so heftig zu sein schienen und es auch waren, ich möchte dennoch sagen, sie wurden von dem

erkennbaren Willen getragen, das Beste zu fördern und zu erreichen. Und das gilt aus meiner Sicht für alle Fraktionen dieses Hauses.

Daß wir in den wichtigen Fragen den breiten Konsens und schließlich immer wieder die große Mehrheit gefunden haben, zeigt die Zielgleichheit unseres politischen Wollens, nämlich diesem Land schnell und wirkungsvoll zu helfen.

Diese Volkskammer war eine der fleißigsten Volksvertretungen der Welt. Wir werden sicher eines Tages die statistischen Feinangaben hierzu vorgelegt bekommen. Aber als Vorsitzender der Fraktion der CDU hier im Hause weiß ich, daß nicht nur wir, sondern auch alle anderen in diesen Anstrengungen mit verbunden waren.

Dies alles war für uns kein Selbstzweck. Uns trieben die vielen Probleme im Lande zur Eile. Sicher haben wir auch Fehler gemacht, aber zum einen fehlte fast allen von uns die parlamentarische Erfahrung, zum anderen war Schnelligkeit wichtig und nicht nur von uns, sondern von unseren Wählern gefordert; denn nicht nur für die Regierungsarbeit, auch für unsere Parlamentsarbeit galt der Satz: Doppelt hilft, wer schnell hilft.

Lassen Sie mich noch eine Beobachtung hinzufügen. Ich fand es besonders erfrischend, daß es viel Kritik gab. Ich meine jetzt nicht die unsachliche, die zersetzende, bisweilen böartige Kritik, die mich auch betroffen gemacht hat. Ich meine vielmehr die sachliche Kritik, die zum Inhalt hatte, unsere Arbeit anzuregen, unsere Entscheidungsabsichten zu korrigieren und unser Blickfeld zu vergrößern.

Ich glaube im Namen aller sprechen zu dürfen, wenn ich sage, die Offenheit unserer Arbeit hatte etwas Beruhigendes, weil hier der Unterschied zu früher besonders deutlich wurde. Was in 40 Jahren der Diktatur als Majestätsbeleidigung galt, ist heute normal, häufig sogar gewünscht. Das Regime mußte so kläglich untergehen, weil es keine Kritik vertrat und keine Selbstkritik kannte. Es stärkte sich vielmehr immer wieder an seinem eigenen prahlerischen Selbstbild.

Wir haben uns die parlamentarische Arbeit nicht leicht gemacht. Die Diskussion am vergangenen Freitag zum Thema Staatssicherheit hat für mich manche tragische Züge. Diese Debatte war ein Beispiel dafür, daß die Demokratie in ihrem Streben nach Offenheit bis in die Grenzbereiche des menschlich Tragbaren vorstößt und in Einzelfällen auch darüber hinaus gehen kann. Parlamentarismus in einer Demokratie heißt auch immer, Maß und Würde zu zeigen.

Als Ricarda Huch, die große deutsche Schriftstellerin, am 24. Januar 1946 in Weimar zur Eröffnung des Thüringer Landtages sprach, sagte sie unter anderem:

„Es ist zu hoffen, daß unser Unglück die Grundlage des Entstehens einer wahren Demokratie wird, in der jeder sich als tragendes Glied fühlt, in der jeder den anderen über die Parteien hinaus als Menschen in seiner Freiheit ehrt und zu verstehen sucht.“

Diese Worte will ich in Erinnerung rufen, weil sie fast 45 Jahre später, wenn auch in einer ganz anderen Beziehung zur Vergangenheit, gleichwohl eine starke Aktualität haben.

Die Hoffnungen von damals sind in unserem Teil Deutschlands über viele Jahre gescheitert. Wir haben jetzt erst wenige Monate Zeit, sie neu zu formulieren. Unter wesentlich besseren Voraussetzungen als in den vergangenen 40 Jahren haben wir nunmehr die Chance einer weiteren demokratischen Grunderneuerung. Nutzen wir sie, aus diesem Parlament kommend, in Deutschland gemeinsam! Nehmen wir in die neue Zeit, die morgen beginnt, den Vorsatz mit, daß auch in unserem Teil des Landes ein wahres demokratisches Bewußtsein entstanden ist oder noch im Entstehen sich befindet und ein jeder versucht, den anderen über die Parteien hinaus als Menschen in seiner Freiheit zu ehren, aber vor allem auch zu verstehen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Dr. Krause. - Ich übergebe jetzt die Leitung an die Vizepräsidentin Frau Dr. Niederkirchner.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich übergebe nun das Wort zu seiner Erklärung dem Vorsitzenden der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus, Herrn Dr. Gregor Gysi.

Dr. Gysi, Vorsitzender der Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Die Volkskammer beendet heute ihre Tätigkeit und löst sich faktisch auf - mit einer Einschränkung: 144 von uns werden als Vertreter des östlichen Teils Deutschlands in den Bundestag ziehen. Sie sollten dort - unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit - nicht vergessen, wer sie gewählt hat und daß sie deshalb im besonderem Maße den Interessen der dann ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR verpflichtet bleiben.

(Beifall)

Die Bewertung der Tätigkeit dieser Volkskammer ist als Mitglied und damit als Beteiligter und ohne historischen Abstand schwierig. Sicherlich war die Kammer fleißig und hat mehr Gesetze in wenigen Monaten beschlossen als andere Parlamente in Jahren. Allerdings verführte dies auch gelegentlich zu einer gewissen Oberflächlichkeit. Sicherlich gab es auch vielfache Versuche, spezifische Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger gegen einen übermächtigen Partner durchzusetzen - oft ohne Erfolg.

Aber die Volkskammer hatte sich vier wichtige Aufgaben gestellt. Erstens: Die Deutsche Einheit sollte so schnell wie möglich und so gut wie nötig hergestellt werden. Ich glaube, die Aufgabe hätte besser lauten müssen, die Deutsche Einheit so gut wie möglich in der dafür erforderlichen Zeit herzustellen. Sie wurde teils in einer devoten Grundhaltung ohne ausreichende politische, juristische, ökonomische, kulturelle und vor allen psychologische Vorbereitungen hergestellt. Die Volkskammer hatte die Aufgabe, den Übergang in die Deutsche Einheit ökonomisch und sozial abzusichern. Das ist nicht nur nicht gelungen, hier wurden Fehlentwicklungen eingeleitet und soziale Sicherheit abgebaut - mit langfristigen Auswirkungen. Besonders betroffen sind die Frauen, die nach einer Schamfrist um Jahrzehnte zurückgeworfen werden könnten - hinsichtlich ihres Rollenverständnisses. Die Bedingungen für sie in der DDR waren schon keineswegs optimal. Aber es geht für sie nicht nach vorn, sondern eher zurück. Die Rentner waren schon immer benachteiligt und scheinen es zu bleiben.

(Unruhe im Saal)

Der Industriestandort DDR, der Mittelstand und damit die Arbeitsplätze sind in hohem Maße abgebaut oder gefährdet, und die Volkskammer sollte im weitesten Sinne für ein Mehr an Kultur, Demokratie und Aufarbeitung an Geschichte eintreten. Aber im ganzen Land - das ist die Tatsache - haben wir es mit einem Kulturabbau zu tun. Kultureinrichtungen schließen, Theaterveranstaltungen werden nur noch selten besucht, und der Umgang miteinander - und hier war die Volkskammer eher ein schlechtes Beispiel - ist nicht kulturvoller geworden. Überhaupt: Die Bedeutung von Kultur hat abgenommen.

Die Demokratie hat immerhin einen Namen. Der Begriff war vor dem Herbst 1989 absolut verfehlt. Aber die basisdemokratischen Zeiten der Runden Tische sind vorbei. Die Abschaffung von Privilegien verhinderte nicht die Einführung neuer. Und vor allem das Vermächtnis des Runden Tisches, der Entwurf der vielleicht demokratischsten deutschen Verfassung, den es je gegeben hat, war der Kammer leider nicht einmal eine 2. Lesung wert.

Die Aufarbeitung der Geschichte ist und bleibt kompliziert, vor allem, wenn sie gerecht und differenziert erfolgen soll. Mir wurde hier klar, daß eine wirkliche Aufarbeitung ausgeschlossen ist, wenn sie weiterhin als parteipolitischer Streit betrieben wird. Wir brauchen eine Atmosphäre, in der jeder ehrlich mit seiner Biographie umgehen kann, lernt, mit ihr zu leben,

(Starker Beifall)

ohne sich dadurch als Mensch zweiter Klasse zu fühlen.

Und jene Deutschen, die nicht hier gelebt haben, sollten uns nicht erklären, wie sie hier gelebt hätten.

(Beifall)

Wir brauchen Partnerschaft ohne Arroganz und ohne Mitleid, und ich weiß, daß viele Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland auch dazu bereit sind.

(Beifall)

Die Volkskammer hatte die Aufgabe, einen Beitrag zu leisten, daß unsere Bürgerinnen und Bürger mit Selbstvertrauen und in Würde in die Einheit gehen können. Das ist leider für viele nicht gelungen. Nur, ich frage mich: Weshalb soll eigentlich jener Deutsche mit dem schwierigeren historischen Los der Unwürdigeren sein? Verhindern wir gemeinsam eine Atmosphäre, in der sich in diesem größeren Deutschland schon deshalb jemand schämen soll, nur weil sie oder er bis heute, 24.00 Uhr, Bürgerin oder Bürger der DDR war. Zerstörtes Selbstbewußtsein ist gefährlich. Es befördert Tendenzen eines irrationalen Nationalismus und Rechtsradikalismus.

Lassen Sie uns gemeinsam auch die deutsche Nabelschau beenden und nicht vergessen, vor welchen Herausforderungen die Menschheit steht. Das gilt für die angehäuften Massenvernichtungsmittel, das Elend der Dritten Welt, die ökologische Krise, die soziale Ungerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und viele andere Fragen. Wir wollen ein Deutschland, das zur Lösung dieser Fragen einen wirksamen Beitrag leistet und nicht um eine Großmachtrolle oder Hegemonie ringt. Wer ja sagt zu Europa und der Welt, muß auch für ein multikulturelles Deutschland eintreten. In diesem Sinne gab es in Deutschland noch nie ein Zuviel an Opposition, eher ein Zuwenig. In diesem Sinne wollen und werden wir uns als Oppositionskraft einbringen. Wir wollen den kulturvollen Streit, sind gegen Aus- und Abgrenzung und werden für und um ein tolerantes Deutschland ringen. Toleranz - wie gut das klingt! Und wie selten wurde dieser Begriff in der Geschichte mit dem Namen Deutschland verbunden. Ein Deutschland der Kultur und der Toleranz - das wäre doch schon was. Dafür lohnt es sich schon, zu streiten. - Danke schön.

(Beifall - Dr. Gysi wird ein Strauß roter Rosen überreicht.)

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön, Herr Abgeordneter Gysi. Ich übergebe nun die Leitung an den Vizepräsidenten Herrn Dr. Jürgen Schmieder.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bitte jetzt den Vorsitzenden der Fraktion der F.D.P., Prof. Dr. Rainer Ortleb, das Wort zu seiner Erklärung zu nehmen.

Prof. Dr. Ortleb, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ist es heute ein Tag der Freude? Ja, ich denke. Aber auch dies ganz besonders ist heute ein Tag des Nachdenkens und ein Tag des Dankes. Wir empfinden tiefe innere Befriedigung, daß sich eine Gesichtssituation gelöst hat. Wir atmen auf. Wir haben es geschafft: Das Unerreichbare, das Undenkbare wird politische Wirklichkeit.

In dieser Stunde darf man den Dank nicht vergessen, den Dank an die Mutigen des Herbstes von 1989, den Dank auch an die Staatsmänner der vier Mächte, ganz besonders auch an Michael Gorbatschow

(Beifall)

und an diejenigen, die mit ihm in der Sowjetunion politische Verantwortung tragen, an die Völker Europas, deren Haltung die Einheit möglich machte.

Aber uns bleibt die Aufgabe nicht erspart, nachzudenken über Ursachen und Verantwortlichkeiten in den vier Jahrzehnten Deutsche Demokratische Republik. Das wird noch für lange Zeit stattfinden müssen, dieses Nachdenken. Selbstprüfung eines jeden ist angezeigt, wie er sich in den vergangenen Jahren verhalten hat und wie er sich hätte verhalten sollen. Manchmal reicht das letztere sich zu vergegenwärtigen aus, um besser mit der neuen Welt zurechtzukommen, gerechte Bestrafung derjenigen, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen schuldig wurden.

(Stellenweise Beifall)

Nicht stattfinden darf Verdrängung und Selbstmitleid. Die DDR vergeht, die Geschichte aber bleibt. Wird sie verdrängt, holt sie uns ein. Vergeltungs- und Racheaktionen sind nicht das Bild, das zu dem Bild dieser friedlichen Einheit paßt. Sie würden Unfrieden stiften und jene Selbstgerechtigkeit befördern, die Freiheit zwar proklamiert, aber Rechtsstaatlichkeit und Toleranz gefährdet.

Die F.D.P. läßt sich von Wilhelm Külz leiten, einem ihrer Gründerväter in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Er sagte 1946 mit Blick auf die Nazis und die SED:

„Moral und Recht sind siamesische Zwillinge. Man kann sie ohne tödliche Gefährdung nicht trennen.“

Es darf auch kein Mythos der Stasi entstehen als etwas, was einfach daherkam, nun einfach dahinging, sondern es waren Menschen, die damit fertig wurden. Die Stasi war das Instrument der SED-Diktatur. Mit ihr müssen wir uns auseinandersetzen – politisch, moralisch und juristisch. Hinter dem Monster Stasi dürfen dessen Erzeuger nicht verschwinden,

(Lebhafter Beifall)

die Politbürokraten, die den grauslichen Mechanismus schufen.

Das zum ersten. Zum zweiten: Der Unrechtsmechanismus, der in der Stasi kulminierte, darf nur rechtsstaatlich aufgearbeitet werden, wenn sich der Rechtsstaat nicht seinerseits infizieren will. Die jüngsten Ereignisse in der Volkskammer vom Freitag lassen als Lehrstück erscheinen, wie man mit rechtsstaatlichen Prinzipien umgehen muß. Recht braucht Zeit. Haben wir uns die Zeit gelassen? Mußten wir meinen, daß wir das noch in den letzten Stunden der DDR bewältigen müssen, da, wo auch noch Prüfung nötig war in dem einen oder anderen Fall?

Die F.D.P.-Fraktion hat sich dagegen gesperrt, daß Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt wird. Für die, die durch Vorwürfe betroffen waren, gab es vier Punkte, die uns zögern ließen, ob man ohne weiteres Nachdenken so verfahren konnte, wie es von einer Fraktion des Hohen Hauses vorgeschlagen wurde:

1. Die Konfrontation mit dem Beweis fand für die Betroffenen, für den einen oder den anderen, nicht statt.

2. Die Anhörung des Beschuldigten zum Beweis erfolgte nicht. Es war nicht böser Wille, es war Zeitdruck. Darf Demokratie Zeitdruck dulden? Mögliche Legenden wurden nicht geprüft.

3. Die Beweislast wurde auf den Beschuldigten hin umgekehrt, er sollte seine Unschuld beweisen. Genau das war aber doch das, was Stasi und Konsorten immer taten.

(Beifall)

4. Es nutzt nicht der Hinweis auf die Möglichkeit der Rehabilitation. Wir kennen die Wirkung des Reizwortes „Staatssicherheit“. Wenn jemand verdächtigt ist, Stasi-Arbeit gemacht zu haben, und wenn es dann benannt wird, dann gleicht das einem gesellschaftlichen Todesurteil. Die Zeit ist noch nicht reif dafür, die Wunden sind noch zu offen, Emotionen regieren. Und das, einmal ausgesprochen, kann nur schwer zurückgenommen werden. Nur eine Schlußfolgerung ist möglich. Der Gesetzgeber muß Rechtssicherheit schaffen, die Schuldige zu strafen zuläßt und die Unschuldige wirksam schützt.

Die Volkskammer hat in Wochen Aufgaben bewältigt, für die, blickt man in die Geschichte der Völker, eigentlich Jahre nötig wären. Der Übergang von einer Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft soll exerziert werden. Der Abbau des staatlichen Zentralismus, die Demokratisierung in der Verwaltung, die Schaffung von Länderstrukturen, jedenfalls erste Ansätze davon, und der Übergang zur kommunalen Selbstverwaltung wurden angegangen. Das ist auch der Beginn der Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse, der Übergang zur parlamentarischen Demokratie, das Denken in politischen Alternativen, die Herausbildung der Fähigkeit, Kompromisse zu suchen und zu finden. „Konsens“ war lange Zeit wohl das Wort, das am meisten gebraucht wurde und das Handeln der Demokraten bestimmte.

Die Vereinigung von zwei höchst unterschiedlichen, ja einander ausschließenden Wirtschafts- und Währungsgebieten war zu vollziehen. Nur dieses erste frei gewählte und zugleich letzte Parlament verdiente den Namen „Volkskammer“. Sie hat ein Mammutprogramm von Arbeit bewältigt, wenngleich sie nicht immer eine glückliche Figur dabei machte.

Viele der Bürger unseres Noch-Landes haben auch zu wenig Erfahrung, wie ein Parlament arbeiten muß, gehabt und haben manche unserer Debatten falsch verstanden, haben für kindliche politische Ausfälle genommen, was ernste Arbeit gewesen ist.

Mehr als hundert Gesetze dienten dem übergeordneten Ziel, den geregelten Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 herbeizuführen.

Das war eine Aufgabe ohne jegliche Möglichkeit der Orientierung an einem historischen Beispiel. Die F.D.P.-Fraktion hat an die besten Traditionen deutscher Liberaler in der parlamentarischen Demokratie anknüpfen können. Sachlich, zielstrebig und konsequent hat sie liberale Forderungen eingebracht in die gesetzgeberische und meinungsbildende Arbeit der Volkskammer. Wir haben im Bewußtsein unserer historischen Verantwortung versucht, uns von politischen Laien zu Parlamentariern zu wandeln, die ihren Aufgaben entsprechen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Mitglieder der Fraktion der Liberalen an zahlreichen Beschlüssen der Volkskammer beteiligt waren und ihre politische Kraft, Sachlichkeit und Einsicht einbringen konnten.

Was steht uns jetzt bevor, uns 144, die sich heute nacht zur Stunde Null von Volkskammerabgeordneten in Bundestagsabgeordnete verwandeln werden? Wir waren im letzten halben, dreiviertel Jahr diejenigen, die im intensiven Kontakt mit unseren Amtskollegen des Bundestages gelernt haben, daß Deutsch und Deutsch doch zwei verschiedene Sprachen sind und daß es sehr wohl des deutsch-deutschen Dolmetschers bedarf, um Verständnis füreinander zu gewinnen. Und wir 144 haben als erstes vor allem die Aufgabe, unsere Zweisprachigkeit noch möglichst lange beizubehalten, um unseren doch zahlenmäßig stärkeren Kollegen des originären Bundestages helfen zu können, den Blick für die fünf neuen Bundesländer richtig zu richten. Wir haben große Aufgaben darin zu sehen, daß die Sensibilität für die Besonderheiten dieser fünf Länder erhalten bleibt. Wir haben nicht das gleiche Schicksal, und man muß hier gelebt haben, um die Angst zu verstehen. Ich glaube sicher, daß unsere Kollegen des originären Bundestages uns hier hilfreiche Freunde sein werden.

Ein Stein wird in das Boot Bundesrepublik geworfen mit diesen fünf Ländern. Hoffen wir alle, daß das Boot nicht zu schaukeln beginnt. Die Wasserlinien sind auch näher dem Wasser durch den Stein. Wir werden's durchbringen.

Ich glaube, daß wir heute sagen können: Gemeinsam haben wir ehemalige DDR-Bürger, vertreten durch ihre Volkskammer, mit dem Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz die Ausreise aus der DDR beantragt. Heute nacht reisen wir aus. Aber die Koffer brauchen nicht gepackt zu werden, denn wir bleiben zu Hause. Zu Hause in der neuen deutschen Bundesrepublik. Danke.

(Starker Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Professor Ortleb, für das Vortragen der Erklärung der Fraktion der F.D.P. Ich übergebe jetzt die Leitung der Tagung an den Herrn Vizepräsidenten Helm.

Stellvertreter der Präsidentin Helm:

Meine Damen und Herren! Von der Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Reinhard Höppner.

Dr. Höppner für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die letzte Sitzung der Volkskammer findet leider nicht da statt, wo die erste Sitzung dieses frei gewählten Parlaments stattgefunden hat. Ich habe überlegt, wie ich etwas von da hierher transportieren könnte, ohne in die Gefahr zu kommen, etwas Asbestverseuchtes mitzubringen, und da habe ich meinen Freund mitgebracht.

(Dr. Höppner klingelt mit der afrikanischen Glocke. - Beifall)

Dieser Freund bedankt sich jetzt noch einmal bei meiner Fraktion, daß heute ich es sein darf, der hier redet und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Thierse darauf verzichtet hat.

Ich hatte ja immer Anwalt der Geschäftsordnung zu sein, so meinten manche in diesem Haus, darum war ich zur Neutralität verpflichtet.

In der Tat: Geschriebenes Recht soll vor allen Dingen den Schwachen schützen gegen Macht und Machtmißbrauch durch den Stärkeren. Das gilt auch für die Regeln des Parlamentes, und darum habe ich als Sozialdemokrat diese Aufgabe an dieser Stelle gerne wahrgenommen,

(Beifall)

denn uns geht es ja immer darum, besonders darauf zu achten, daß keiner unter die Räder kommt. Aber ich will Ihnen auch sagen, daß ich dabei manchmal an einen Satz von Camus gedacht habe, der schreibt, seine Grundsätze soll man sich für die wenigen Augenblicke aufsparen, in denen es auf Grundsätze ankommt. Für das meiste genügt ein wenig Barmherzigkeit.

(Beifall)

Nun am Ende des ersten freigewählten Parlaments der DDR habe ich also den Platz gewechselt.

Ich möchte ein paar Sätze auch sagen zur Arbeit unserer Fraktion. Ich möchte helfen, ein bißchen zu erinnern. Erinnern gehört zur Würde eines Menschen, sich erinnern ist tief menschlich, und weil wir diese Tage der Vereinigung in Würde begehen wollen, darum müssen diese Tage auch Tage der Erinnerung sein. Das gilt zunächst für die Arbeit der Volkskammer. Wir Sozialdemokraten sind angetreten, um die Einheit zu gestalten und in diesem Gestaltungsprozeß Verantwortung zu übernehmen. Und unsere besondere Sensibilität galt dabei den sozial Schwachen.

Ich will hier beispielhaft an das Engagement von Regine Hildebrandt und ihre Mannschaft erinnern, an ihren Kampf um die Renten und um sozial verträgliche Lösungen für die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Bei dem Einsatz für die

Schwachen, und wir werden das in den nächsten Monaten noch merken, bekommt man manchmal Prügel von den vermeintlich Starken. Die gezielten Angriffe gegen Regine Hildebrandt und Walter Romberg waren vielleicht ein Beleg dafür.

Wir Sozialdemokraten werden uns dabei nicht davon abhalten lassen, weiter nach tragfähigen Kompromissen zu suchen, ohne die eine Demokratie nicht lebensfähig ist. Übrigens, das teilen wir vielleicht alle, daß für die Suche nach Kompromissen in diesem Hause sehr oft Richard Schröder gestanden hat.

(Beifall)

Er hat mit immer neuen Ideen und vielen Gesprächen versucht, die Zeit unserer Arbeit in der Koalition kreativ zu gestalten. Ich denke, ohne Richard Schröder wäre das Parlament nicht das geworden, was es war. Ohne Richard Schröder wären wir nicht an diesen Punkt gekommen.

(Beifall)

Wir sind in die Koalition gegangen, um Verantwortung mitzutragen. Wir haben aber auch nicht den Kompromiß um jeden Preis gesucht. Und als hier Verantwortung nicht mehr zu tragen war, weil die wesentlichen Entscheidungen wohl nicht mehr hier fielen, war es dann wohl auch richtig, sich von der anderen Seite mit der offenen Kritik auch aus der Opposition heraus den Dingen zu widmen.

Ich denke, diese zweite Phase der kritischen Begleitung war auch eine wichtige Etappe unserer Fraktion auf diesem Wege des Parlamentes. Die Tage des Übergangs von der Zweistaatlichkeit zu Einheit Deutschlands müssen auch Tage der Erinnerung sein, denn sich erinnern gehört zur Würde des Menschen. Und das gilt nun für das Parlament als Ganzes. Dieses erste freigewählte Parlament der DDR ist wohl das einzige Parlament der Welt überhaupt, das es sich geleistet hat, sämtliche Sitzungen von Anfang bis Ende durch Fernsehen und Rundfunk der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein solches Maß an Durchschaubarkeit hat sich kein anderes Parlament je geleistet.

(Beifall)

Wer Vorgänge durchschaubar macht, gibt auch Schwächen offen zu erkennen. Das ist in der Politik nicht üblich. Man versteckt dort meist die Schwächen hinter schönen Worten, und doch bin ich der Überzeugung, daß die Durchbrechung dieser Spielregeln eine Leistung dieses Parlamentes war, die auf Dauer der Herausbildung unserer jungen Demokratie von großem Nutzen sein wird - trotz aller Kritik, die wir erhalten haben.

(Beifall)

Ich habe das bei den Reisen durch das Land gemerkt. Die vielen neuen Kommunalpolitiker und ich denke auch die Parlamentarier in den künftigen Landesparlamenten werden viel gelernt haben, übrigens auch viel aus unseren Fehlern gelernt haben, und auch das ist ja etwas wert.

Ich möchte aus diesem Lernprozeß vier Sätze hervorheben, die Mut machen sollen. Wir brauchen immer wieder den Mut, uns genau zu erinnern. Nur schlechte Politiker rechnen mit dem kurzen Gedächtnis der Menschen und zerstören damit auf Dauer das Vertrauen zwischen Bürgern und Politikern.

(Beifall)

Auch uns ist das Erinnern an die Vergangenheit, die uns hierher gebracht hat, sehr schwer gefallen. Zu viele wollten nichts mehr von der eigenen Vergangenheit, nichts mehr von politischen Verstrickungen ins alte System, nichts mehr von Verantwortung für die Fehler von gestern wissen. Ich denke, partiell ist das durch alle Fraktionen gegangen. Unsere letzte Sitzung, in der wir versucht haben, ein Stück der Verstrickungen mit dem menschenverachtenden System des Staatssicherheitsdienstes aufzuarbeiten, haben nun freilich auch die Schwierigkeiten des Genau-Erinnerns noch einmal deutlich werden lassen. Aber wir brauchen den Mut zum Erinnern auch im Blick auf die Rolle, die

die verschiedenen politischen Kräfte im vergangenen Herbst gespielt haben. Es gehören eben doch nicht alle, die auf der Oppositionsbank von heute sitzen, den Kräften der Erneuerung von gestern an. Und wenn ich in der letzten Sitzung mit Konrad Weiß auf dem Fußboden vor dem Rednerpult gesessen habe oder in der Woche davor, Sie erinnern sich, mit denen von der Normanstraße diskutiert habe, dann ist da auch noch bei mir in meinem Herzen ein Stück der Solidarität mit den Kräften der Erneuerung des vergangenen Herbstes, das noch lange nicht zu Ende ist. Im Gegenteil: Die Solidarität zwischen diesen Kräften muß ein Grundbaustein für die Entwicklung unserer neuen Demokratie werden und bleiben.

(Beifall)

Wir brauchen den Mut zur Erinnerung immer wieder. Wir müssen über unsere Erinnerung sprechen, und wir müssen offene Ohren dafür finden, viel Verständnis, viel Herz, sonst werden wir dem Schatten der Vergangenheit nicht entfliehen.

Einen dritten mutmachenden Satz: Wir brauchen in der lebendigen Demokratie den Mut zum Streit, aber die Kultur des politischen Streites müssen wir noch erlernen, und da - das will ich denn auch kritisch gesagt haben - ist die politische Landschaft der Bundesrepublik keineswegs immer ein Vorbild, denn Streit in einer lebendigen Demokratie muß ein Streit um Kernfragen sein, die auch als solche benannt werden. Es ist das Ende einer lebendigen Demokratie, wenn der Streit über Scheinfragen geführt wird, hinter denen sich doch hohe Machtkämpfe verbergen. In diesem Punkt hat die Volkskammer auch manches negative Beispiel, Lehrstück, vorgeführt. Nun kommt es für uns alle darauf an, nicht nur über uns als Abgeordnete zu schimpfen, sondern in diesem Punkt auch aus unseren Fehlern zu lernen. Die Bürgerbewegungen des vergangenen Herbstes - in diesem Falle zählen die Sozialdemokraten dazu - haben die Veränderungen erst möglich gemacht. Wir werden sie für den Aufbau der Demokratie weiter brauchen. Der Mut zum kulturvollen politischen Streit ist deshalb nicht nur innerhalb des Parlamentes erforderlich, sondern auch unter allen Bürgern, die an der Gestaltung unserer Zukunft Anteil nehmen.

Und schließlich ein viertes: Wir brauchen den Mut zum Kompromiß. Ohne die Suche nach dem Kompromiß ist Politik nicht möglich. Dieses Parlament hat wirkliche Kompromisse nur unter Druck zustande gebracht. Vorhin war schon von den Auszeiten die Rede. Ich habe im Laufe der Zeit darüber noch einmal nachgedacht und festgestellt: Diese Zeiten waren die, wo wir alle innerlich gelernt haben, was es bedeutet, einen Kompromiß zu finden. Das waren unsere Lernzeiten, das waren nicht nur Auszeiten. Und ich denke, die Fähigkeit, den Kompromiß zu schließen, dürfen wir auf keinen Fall verlernen.

Am 3. Oktober ist noch nicht das Ende der Trennung Deutschlands erreicht, auch wenn der Rechtsakt der Vereinigung damit abgeschlossen ist. Am 3. Oktober ist der Anfang der Gestaltung der Einheit Deutschlands. Das Grundgesetz, das die Verpflichtung festschreibt, für Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen, ist dafür eine gute Grundlage.

(Vereinzelt Beifall)

Morgen feiern wir Hochzeit. Jeder weiß, eine gute Ehe wird es nur, wenn beide Seiten sich verändern, aufeinander zuwachsen und in der Gütergemeinschaft hinterher nicht ständig darüber diskutiert wird, wer was in die Ehe eingebracht hat.

(Beifall)

Gestatten Sie mir zum Schluß eine mehr persönliche Bemerkung. Ich habe mir überlegt: Was könnte ich in dem Land, für das ich in Zukunft verantwortlich sein will, symbolisch auch für diesen Tag des Anfangs tun? Der Brocken, der zwischen dem Nachbarland Niedersachsen und Sachsen-Anhalt liegt, ist ein Symbol für mich, und ich habe gedacht, ich werde morgen in der Frühe mit meiner Mannschaft diesen Brocken besteigen. Es geht um den Brocken, der vor uns liegt. Wir werden in der Dunkelheit losgehen und gemeinsam die Angst der Dunkelheit überwinden. Diese Ausgangsposition ist auch ein Akt der Solidarität gegen-

über den vielen, für die der Weg in die deutsche Einheit zunächst in eine ungewisse Zukunft ist, möglicherweise in die Arbeitslosigkeit oder in den vorzeitigen Ruhestand oder in manche andere Verunsicherung, die vor uns liegt. Aber, und das ist mir das Wichtige, wir werden ankommen, wir werden gute Ausblicke haben, wir werden es packen. Wir werden diesen Brocken, der vor uns liegt, bewältigen. Und wenn wir oben ankommen, wird es hell sein. Wir werden uns freuen. Ich sage Ihnen: Wege entstehen nur dadurch, daß wir sie gehen, und allen, denen das zu pessimistische Töne sind und die sich jetzt schon als Sieger feiern, möchte ich das jüdische Sprichwort sagen: Man fällt nicht, weil man schwach ist, sondern weil man meint, stark zu sein. - Und für die Arbeit der Volkskammer gilt, was schon in den Sprüchen der Bibel steht: Wenn ein Mensch meint, fertig zu sein, steht er am Beginn. Und wenn er am Ziel ist, fehlt es an allen Enden. - Danke schön.

(Starker Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Helm:

Ich bedanke mich recht herzlich bei Herrn Dr. Höppner für seine Erklärung. - Die Tagungsleitung übergebe ich jetzt Herrn Vizepräsidenten Dr. Stefan Gottschall.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Meine Damen und Herren! Und ich bitte jetzt den Abgeordneten Schwarz von der Fraktion der Deutschen Sozialen Union, das Wort zu seiner Erklärung zu nehmen. - Bitte schön.

Schwarz für die Fraktion der DSU:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Parlament wird in die Geschichte eingehen als eines, das eine große Zahl von Gesetzen zustande gebracht hat. Doch ist die Quantität mit der erwarteten Qualität gleichzusetzen? Wäre es so, dann würden wir von der Achtung und Anerkennung unserer Wähler vom März getragen werden, dann gäbe es wohl kaum Kritik an dem Erscheinungsbild dieses Parlaments. Doch dem ist nicht so. Im Zuge der vielen Veranstaltungen jetzt kommen wir in alle Winkel unseres Landes, und einhellig lautet der Kommentar: Hört auf! Beendet! Wir können und wollen das alles nicht mehr. Also ist diese Stunde eine Stunde der Bilanz, eine Stunde der Wahrheit. Man könnte leicht darüber hinweggehen mit ein paar wohlgesetzten Formulierungen wie: Alles muß gelernt werden, Amateure mit viel Fleiß und anderen Sprüchen zu dem Fazit gelangen: Ende gut, alles gut!

Doch als Vertreter der DSU, also als Vertreter einer neuen Partei, muß anders analysiert werden, als wenn ein Mitglied einer einst allmächtigen diktatorischen Staatspartei oder einer ehemaligen Blockpartei hier spricht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, die Bürger dieses Landes, dieses Teiles Deutschlands, haben eine schlimme Vergangenheit ertragen müssen, in der ist das zutiefst menschliche Streben nach Demokratie und Gerechtigkeit unterdrückt worden. Erst Faschismus, dann Stalinismus und SED-Diktatur. Sie haben alles nach Kräften getan, um diese Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens zu zerstören. Dabei haben sich die Funktionäre unterschiedlicher Methoden bedient. Und nun gab es diese Umwälzung, diese Revolution. Sie ist das Wichtigste, was wir in das einige Deutschland einbringen. Hat es nun dieses Parlament geschafft, die Gedanken und Gefühle, diesen Veränderungswillen in diesem Hause stets spüren zu lassen?

Diese Frage muß beantwortet werden, verbrachten wir doch hier in Berlin ein halbes Jahr unseres Lebens, vielleicht das aufregendste, anstrengendste, wichtigste. Es war ein Anfang mit gutem Willen, aber auch ein Anfang mit dem Kampf um Einfluß und um Macht.

Dem Ministerpräsidenten gelang die Aufstellung eines Kabinetts, das viele Fragezeichen und auch viele Hoffnungen erweckte. Die Arbeit in den Ausschüssen begann. Das Unglückliche unserer Situation besteht darin, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht sehen konnte, wie korrekt, wie fleißig, wie aufopfernd um die Lösung von Problemen, die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen gerungen wurde. Hier lagen die Sternstunden der Abgeordneten. Hier wurde Parteienstreit und Parteigezänk zurückgestellt, Schwätzer und Hohlreden hatten hier kaum Chancen. Hier gab es endlich auch die menschliche Komponente, die in den Vollversammlungen dieses Hauses so oft vermißt wurde.

(Beifall)

Nun werden an dieser Stelle alle Parteien sagen, was speziell ihre Handschrift trug, mit welchen Aktivitäten sie sich mühten, ihre Aussagen, ihre Grundposition in Gesetze zu verwandeln.

Die Deutsche Soziale Union ist der Ansicht, daß wir in klarer Einschätzung unserer Stärken und Schwächen wesentliche Dinge angestoßen, bewegt, in Gesetze umgewandelt haben. Das Gewicht einer Partei liegt in der Zahl der Abgeordneten auf der einen Seite, aber auch in der Konsequenz und Geradlinigkeit ihrer Aussagen. In vielen Dingen ist es vielleicht wichtiger, die Mehrheit der Bevölkerung als die Mehrheit in diesem Hause zu erlangen.

Wir sind froh, besonders heute, am 17. Juni den Antrag auf Beitritt zum Wirkungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gestellt zu haben. Von allen Seiten gab es Schmähungen und Spott. Man übte sich in vortrefflich klingenden, verbalen Ironien. Zahlen von 1991/1992 wurden dagegegeng gehalten. Ich will jetzt niemanden bloßstellen, aber ich habe noch die Sätze im Ohr. Und nun? Der Einigungsvertrag, hoch gelobt und heiß kritisiert, stellt durchaus nicht die Ideallösung dar. Die Koalition lief auseinander, Minister traten zurück, aus Unfähigkeit oder Resignation oder wegen Stasiverdachts. Andere Minister klammerten sich an ihre Posten und wurden immer unglaubwürdiger. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung drängte zu immer rascheren Einigungsterminen, weil es einfach nicht mehr weiterging, weil es so wie jetzt nicht weitergeht. Aber sehr vieles der letzten Tage und Wochen wäre uns und vielen hoffnungsvollen Bürgern dieses Landes erspart geblieben.

Die DSU sah als zweite Schwerpunktarbeit ihrer parlamentarischen Arbeit: Überführung des unrechtmäßig erworbenen Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in die öffentliche Hand. Diese Aktivität mündete in die Drucksache Nr. 199, den Antrag vom 21. August, das Gesetz zur Enteignung der Grundvermögen von Parteien und Massenorganisationen, das Parteienenteignungsgesetz.

Wie leidenschaftlich die PDS dieses Gesetz bekämpfte, wie zögernd die ehemaligen Parteien, die alten, reagierten - die große Mehrheit der Bevölkerung und viele hier im Hause verlangen einfach dieses Gesetz; denn erst dann wäre der Neuanfang glaubwürdig und unbelastet. Alles andere ist doch Heuchelei, Verschleierung. Deshalb sehen wir es als eine Hauptaufgabe im Bundestag an, diesen klaren Schritt zur Wahrheit und zur Chancengleichheit zu gehen.

(Beifall)

Als logische Ergänzung oder Folge haben wir ein weiteres Vermächtnis mit größter Konsequenz und Ausdauer im Deutschen Bundestag durchzusetzen. Dabei hoffen wir auf Unterstützung der starken demokratischen Parteien. Zig Tausende warten auf Rehabilitierung. Die DSU ist in den letzten Monaten zum Hoffnungsträger derer geworden, die schweres Unrecht in der Zeit von 1945 bis 1989 erdulden mußten. Wir kennen Einzelschicksale, Menschen, die zerbrechen würden, gäbe es nicht endlich Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Auch dieser Antrag wurde schleppend, verzögernd und verwässernd behandelt. Wir beklagen das und fordern alle Abgeordneten, die in den Bundestag gehen, auf, hier konkrete und sichtbare Ergebnisse noch 1990 zu erzielen, noch in diesem Jahr.

Der Neuanfang, den wir so ersehnen, kann nicht damit begonnen werden, daß man das alte Unrecht unter den Tisch kehrt und einfach zur Tagesordnung übergeht. Deshalb sagen wir: Rehabilitiert politisch und materiell endlich die Bürger, die zu den Mutigsten und Tapfersten im Lande gehören! Die Vermögenswerte dazu sind in Fülle vorhanden. Ich zähle dazu auch die Heimatvertriebenen, die in der Bundesrepublik durch Lastenausgleich wesentlich günstiger starten konnten. Auch für sie hat die DSU eine Gesetzesvorlage eingebracht. Der Bundestag muß auch hier zu einer gerechten Entscheidung kommen.

Das schlimmste Erbe unserer Vergangenheit hat die Bürger in unserem Lande aufgewühlt. Die Fernsehübertragung am Freitag zeigte die Last und die Schwere dieser schlimmen Bürde und die Ohnmacht und Schwäche dieses Parlamentes. Wir als DSU haben hier im Hause keinen Namen zu fürchten gehabt. Doch das erfüllt uns nicht mit Schadenfreude. Wir sagen eindeutig und ohne Einschränkung: Es muß differenziert werden zwischen harmloser Auskunft, gezielter Information, bezahlter Überwachung, Unterschriftenleistung oder gar ständiger Mitarbeit.

Ich glaube denen, die hier Stellung bezogen. Aber ich sage denen, die so leidenschaftlich darum kämpften, daß alles geheim bleiben sollte: Jeder hier im Hause hat die Möglichkeit gehabt, sein Mandat niederzulegen, auszuscheiden, zurückzutreten, krank zu werden.

(Beifall)

Wer es nicht tat - es muß zumindest der Eindruck entstehen -, der versuchte wieder, sich durchzuschlingeln, herumzukurven, mit einem blauen Auge davonzukommen.

Es gibt da kleine und große Sünden. So wie die Abgeordnete vom Bündnis 90/Grüne für ihre zwei Kollegen sprach, so hätten auch andere Fraktionsvorsitzende die einstmals geleisteten Unterschriften relativieren können.

Doch eine Tatsache muß uns alle bedrücken und zur Handlung treiben: Wenn schon in diesem Hause so viele Mitglieder belastet wurden, wie viele sind das erst in den Betrieben, den Verwaltungen, den Schulen, den Universitäten? Hier muß noch eine Sisyphusarbeit geleistet werden; denn sonst gibt es immer Verdächtigung, Nötigung, Angst, Erpressung und Lüge.

Schon deshalb sind wir für ordentliche Archivierung und kontrollierten und rechtsstaatlichen Zugang zu den Akten dieser Mafia, wohl wissend, daß sie auch Lügen und Fälschungen enthalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Parteien des Neubeginns haben einen gewaltigen Vorteil: den Vorteil, unbelastet zu sein,

(Heiterkeit und Beifall)

arm wie Kirchenmäuse, eigentlich nur unsere Begeisterung für das neue, einige Vaterland, die Freiheit, den baldigen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung,

(Unruhe)

die Hoffnung auf die Gesundheit unserer Umwelt.

Die großen Parteien haben ihre Apparate, ihre Routine, aber auch ihren Ballast und manche Unglaubwürdigkeit aus ihrer Vergangenheit.

Nun kommt die Wahl, diese wichtige Wahl zu den Landtagen. Ich erinnere an das Wort eines Mannes, der es wissen mußte: Fürst August von Bismarck:

„Nirgendwann wird soviel gelogen wie vor einer Wahl und nach einer Jagd.“

(Beifall)

Unsere herrschaftlichen Jäger sitzen scheinbar versorgt in ihren Schlupfwinkeln. Kein Mensch im Lande versteht, daß die vielen Schuldigen dieses ZK, dieses Politbüros, dieser ganzen Führungsqlique unbestraft bleiben. Auch hier fordert die DSU rechtsstaatliche Verfahren. Jetzt haben wir das Grundgesetz. Jetzt soll es auch seine größere Qualität beweisen.

Der Bundestag muß für zwei Gruppen unserer ostdeutschen Bevölkerung deutliche Zeichen setzen, sie müssen vorrangig mit Mitteln und Programmen bedacht werden, und zwar sind es die Jugendlichen und die Rentner sowie die Randgruppen unserer Gesellschaft, Behinderte, Kranke, Suchtgefährdete und natürlich die Ausländer. Wir sollen die Länder, unsere ganze Hoffnung, diese Riesenprobleme bewältigen?

(Unruhe)

Wir brauchen Jahre, bis wir den Stand Baden-Württembergs, von Rheinland-Pfalz oder Hessen erreicht haben.

Wir haben aber, die wir aus diesem Hause in die Länder gehen, Probleme zu bewältigen, die sich völlig unterscheiden von denen der Volkskammer und des Bundestages, und das ist meine Hoffnung. Wir wollen zum Beispiel im Sächsischen Landtag zur Sache kommen, den endlosen Geschäftsordnungsdebatten, Verzögerungstaktiken, Verschleppungsmanövern keinen Raum geben. Ein transparenter Landtag bei objektiver Berichterstattung in allen Medien sollte das bewirken, was diese Volkskammer nicht immer bewerkstelligen konnte.

In diesen Tagen wird uns allen bewußt, welche Rolle die Medien in unserem Leben spielen. Sie sehen es in dem hektischen Getriebe am Rande, welche gewaltige Verantwortung sie bei der Willens- und Meinungsbildung besitzen. Als Vorsitzender des Ausschusses Presse und Medien der Volkskammer, der heute seine Aufgabe beendet, appelliere ich an alle Mitarbeiter dieser Zunft. Wir sind 40 Jahre belogen und betrogen worden. Mutige Journalisten und Redakteure wurden gemäßregelt. Nur in den Nischen des riesigen Herrmannschen Ideologieapparates konnten sie überleben. Das schnelle Geld, die Karriere, die beliebten Auslandsposten, die Reisekader ließen viele ihre Gewissen verdecken. Ein Schnitzler machte mit zweifelhaften Tricks Reklame für eine untergehende Partei, für einen untergehenden Staat. Dieser Stil darf nie wieder in Deutschland wirksam werden.

(Beifall)

Sie, Mitarbeiter im Bereich von Presse und Medien, Rundfunk und Fernsehen, sind eine Macht. Bemühen Sie sich um Ausgewogenheit, werden Sie kritische Begleiter unserer Zeit in allen Belangen, bringen Sie in die ehemaligen Parteizeitungen, als Tagespresse deklariert, die Chancengleichheit für alle, für die Großen und die Kleinen! Messen Sie die Stärke einer Partei, also eines eventuellen Brötchengebers, nicht an der Zahl und Größe der Wahlplakate! Trauern Sie nicht alten Sozialismusmodellen hinterher, die weltweit in diesem Jahr, in diesen Tagen zusammenbrechen, weil sie nicht funktionieren können! Bemühen Sie sich um ein Höchstmaß an Menschlichkeit und Objektivität!

Die DSU und die übergroße Mehrheit der Bürger unseres Landes freuen sich auf den Tag der Einheit. Wir begrüßen ihn aus ganzem Herzen. Wir sind glücklich über die Einigkeit des Vaterlandes, das Recht eines Grundgesetzes und die Freiheit des Denkens, Handelns, Reisens, eine Freiheit ohne Stasi und Parteidikatur. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke dem Abgeordneten Schwarz und übergebe jetzt die Tagungsleitung dem Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Ullmann.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Meine Damen und Herren! Ich bitte nunmehr den Abgeordnete

ten der Volkskammer Prof. Dr. Jens Reich, für die Fraktion Bündnis 90/Grüne das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Reich für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Meine Damen und Herren im Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dieses Parlament löst sich jetzt gleich auf, und wir können uns selbst den Nachruf halten. Das ist ein seltenes Privileg für jemanden, der am Verbleichen ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Parlament hat 180 Tage gedauert. Zu langen Lobeshymnen ist kein Anlaß. Es hat manches gut gemacht und anderes gründlich, einiges sogar schmähsch verfehlt. Auf die Gesamtzensur in den Geschichtsbüchern der Zukunft bin ich gespannt. Ich fürchte, wir werden über eine Drei nicht hinwegkommen.

(Vereinzelt Heiterkeit, Unruhe)

Wir sind nicht das erste Kurzparlament der deutschen Geschichte. Es gab vor uns das Frankfurter und die Weimarer Nationalversammlung. Die Frankfurter Versammlung hatte 1848 eine schöne moderne Verfassung erreicht, die deutsche Einheit aber verfehlt. Bei uns steht es umgekehrt.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Frankfurter Versammlung konnte nicht verhindern, daß die alten Seilschaften in neuem Gewande wieder auftauchten. Konnten wir das verhindern? Zwei Fragezeichen.

(Beifall)

Die Weimarer Nationalversammlung von 1919 hat versucht, ein tiefgespaltenes Volk innerlich zu einen. Sie hat die schwere Bürde auf sich genommen, den Versailler Vertrag in Kraft zu setzen. Sie hat eine Verfassung ausgearbeitet, die viel besser war als ihr oft geschmähter Ruf. Aber die Abwendung der Mehrheit des deutschen Volkes von der Demokratie hat sie nicht verhindert. Sie hat auch keinen Frieden zwischen Reich und den Ländern gestiftet, keinen gerechten Finanzausgleich, keinen guten Föderalismus, mit dem Resultat, daß Separatismus das Land bis weit in die zwanziger Jahre aufwühlte und zur Mitursache wurde für den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Und wir? Wir haben vier Aufträge erhalten: die deutsche Einheit herzustellen, die Bürger nach Krieg und Spaltung nicht noch für die Vereinigung leiden und zahlen zu lassen, die Länder und Kommunen auf selbständige Grundlagen zu stellen, gleichberechtigt zu finanzieren, wie das Grundgesetz es befiehlt, und die alten Strukturen, die Bürokratie und die Spitzelwirtschaft abzuräumen.

Was haben wir erreicht? Die deutsche Einheit per Beschluß - ja. Wir haben zugelassen, daß der Länderfinanzausgleich im Grundgesetz suspendiert wird, daß also der Geldbeutel nicht geteilt wird. Wir werden ertragen, daß es Millionen abgebrochener Lebenspläne geben wird, Frauen um die 50 zum Beispiel, denen bei der Bewerbung in Zukunft in glasklarer Smartheit ihr Alter und Geschlecht bedauernd vorgehalten wird.

Wir haben die Informanten nicht einmal aus Parlament und Regierung herausgehalten, obwohl das ein unbedingter, ein unzweideutiger Auftrag gewesen ist. - Ich kann mir als Parlamentarier kein Lobzeugnis ausstellen mit dieser Abrechnung.

Ein Blick noch in die Zukunft: Historische Parallelen sagen nicht viel, Geschichte wiederholt sich nicht. Und doch wiederholen sich Konstellationen, und sie sind lehrreich. Und da frappiert mich nicht so sehr Ähnlichkeit mit den beiden Nationalversammlungen, sondern mit dem Abschnitt dazwischen, nach der Reichsgründung.

Otto von Bismarck war 1871 unangefochten auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn, er war, wie man damals sagte, im besten Alter, drei Jahre jünger als Helmut Kohl 1990.

(Heiterkeit)

Er hatte eine internationale Schwebesituation entschlossen ausgenutzt, hatte die widerstrebenden Kräfte im Innern überzeugt, überredet und sogar bestochen, hatte das Kräftespiel sorgfältig ausbalanciert und hatte die deutsche Einheit erreicht. Es war sein Höhepunkt. Danach kam sein Abstieg. Er beging den grundlegenden Fehler, den inneren Interessenausgleich zugunsten seiner eigenen Basis, des konservativen Preußens, zu überfahren. Zunächst begann er den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, Zentrumspartei und polnische Fraktion. Es gab ein Scharmützel mit giftigen Waffen, keinen Sieger und nur ein dauerndes Mißtrauen, eine Entfremdung dieser Kreise von der Einheitsidee. Das wirkte sich bis in das Jahr 1933 aus. Dann begann er den Streit um die Wirtschaftspolitik, er taktierte zwischen Schutzzoll und Freihandelszone solange, bis er die Nationalliberalen für dauernd verprellt und zerschlagen hatte. Auch das wirkte in die zwanziger Jahre bis 1933 hin nach.

Schließlich versuchte er, die Arbeiterbewegung durch direkten Druck zu entwurzeln. Damit entwertete er die Sozialgesetzgebung der achtziger Jahre, spaltete die Arbeiter in die reichstreue Arbeiteraristokratie und das reichsfeindliche, wie es damals hieß, Gesindel.

Das wirkte bis zur Novemberrevolution 1918 und wurde zur wesentlichen Ursache des Untergangs des Reichs wegen gespaltenen Arbeiterschaft.

So hat Bismarck seine eigene Laufbahn verdorben und die Zukunft Deutschlands auf die abschüssige Bahn gebracht. So war 1871 die Konstellation, und so ging es dann weiter.

Auch unsere Zukunft in Deutschland erhält als Erbteil Risse aus der Vergangenheit.

Den sozialen Riß. Denken wir an den Einkommens- und Wohlstandsfaktor von 2 bis 3.

Den regionalen Riß. Denken wir an die abgewirtschafteten Kommunen im Osten und an die Finanzgerechtigkeit von 50 Prozent, die uns bevorsteht.

Den politischen Riß. Denken wir an die Spaltung in rechts und links. 1848 sagte man noch präziser: liberalmonarchisch und radikal-demokratisch.

Denken wir auch an den seelischen Riß. Denken wir an die unselige Verstrickung von Millionen in das Spitzel- und Büttelsystem. Denken wir an die fehlende Rechtsangleichung. Ich denke an die Gefangenen, die vor der Tür stehen und nicht Gnade und nicht Amnestie fordern, sondern Angleichung des Rechts ihrer Urteile an die bundesdeutsche Rechtssprechung.

Es wird nicht leicht werden in Zukunft. Mir fällt hier das römische Sprichwort ein: Videant consules nequid res publica detrimenti carpiat, was hier heißt: Die Gewählten sind verantwortlich, daß das Gemeinwesen nicht Schaden nimmt.

Wir müssen an unsere Verantwortung denken. Die deutsche Einheit ist ein Epochenwechsel, und sie ist zu wichtig, als daß sie für Millionen zur Erinnerung an ein gebrochenes Versprechen, an einen Dolchstoß werden darf. Das muß verhindert werden. - Danke.

(Lebhafter Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :

Wir danken Ihnen, Herr Abgeordneter Reich. - Ich übergebe nun die Leitung an Herrn Vizepräsidenten Dr. Höppner.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir alle einmal drangewesen, und das ist das Zeichen dafür, daß es zu Ende geht mit dieser Redefolge. Aber es gibt etwas Besonderes. Ich kann einen zwei-

ten Tagesordnungspunkt aufrufen, nämlich das Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer der DDR.

Das Wort hat Frau Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl.

Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer der DDR, Dr. Bergmann-Pohl :

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum letzten Mal kommen wir heute als Abgeordnete des ersten freigewählten Parlaments in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik zusammen. Unser Abschied in dieser Stunde ist so ungewöhnlich wie unser Auftrag, der uns vor sieben Monaten von den Wählerinnen und Wählern auf den Weg gegeben wurde. Er bestand darin, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir heute die Arbeit beenden können. Wann war eine demokratische Volksvertretung jemals in der Geschichte mit einer solchen Aufgabe beauftragt worden? Mit dem morgigen Tag können wir sagen: Wir haben unseren Auftrag erfüllt, die Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

(Beifall)

Blicken wir auf die vergangenen Monate zurück. Für jeden einzelnen von uns ist diese Zeit mit völlig neuen Erfahrungen und Einsichten verbunden. Keiner von uns konnte vor einem Jahr ahnen, auf welche Weise die Geschichte einmal seinen Lebensplan durchkreuzen würde, vor welche Anforderungen er im März dieses Jahres gestellt werden sollte. Die Herausforderung war groß, die politischen Erfahrungen für die meisten von uns gering. Alle mußten lernen, die Regeln einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie einzuüben. Kühne Entscheidungen und zugleich nüchterne Urteile wurden von uns verlangt. Bei allen politisch unterschiedlichen Überzeugungen durften wir das große Ziel nicht aus den Augen verlieren. Und so notwendig es war, dieses Ziel mit allem Nachdruck zu verfolgen, so lebenswichtig war es, die vielen Fragen des Alltags, die Sorgen und Ängste der Menschen in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir hatten die Freiheit gewonnen, und mit ihr wuchs die Verantwortung. Jeder von uns hat sich auf seine Weise bemüht, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Jeder hat dabei sein eigenes Urteil gefunden, jeder seine eigene Wahrheit gesucht. Eine Garantie für den besten Weg konnte es dabei nicht geben. Auch unser Werk ist nur Menschenwerk. Es schließt Fehler und Irrtümer nicht aus, und doch haben wir immer wieder versucht, ein Zeichen der Wahrhaftigkeit zu setzen.

Bei allem Hader über uns selbst, bei aller Unzufriedenheit über die Ergebnisse im einzelnen haben wir doch immer wieder im entscheidenden Moment die Kraft für die gemeinsame Verantwortung aufgebracht. Es hat wichtige und auch bewegende Augenblicke dieser Gemeinsamkeit gegeben. Ich denke an die auf Antrag aller Fraktionen der Volkskammer zustande gekommene Gemeinsame Erklärung vom 12. April, in der wir uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte bekannten, in der wir deutsche Schuld während der Zeit des Nationalsozialismus und danach bekannten. Wir haben diesen Weg beschritten in der Einsicht, daß die wahrhaftige Erinnerung an das Geschehene uns Verantwortung für die Zukunft auferlegt. Niemals habe ich dies deutlicher verspürt als bei meinem Besuch in Israel.

Wir haben in einer Sondertagung der Volkskammer des 8. Mai 1945 gedacht. Auch gegenüber unserer eigenen Geschichte in den vergangenen 40 Jahren waren wir gefordert. Ich erinnere an den 17. Juni, an dem wir des Aufstandes der Arbeiter im Jahre 1953 gedachten. Sie kämpften damals noch vergeblich für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes. Von den ehemaligen Machthabern wurde die historische Wahrheit dieses Tages verdrängt. In den Herzen der Menschen aber blieb die Hoffnung lebendig.

Am 21. Juni entschieden wir über das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Am gleichen Tage gaben wir eine Erklärung zur politischen Westgrenze ab, mit der die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze bekräftigt wurde.

Ich denke in dieser Stunde an die in großer Verantwortung geführte nächtliche Debatte der Volkskammer am 22. zum 23. August, in der wir den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 beschlossen.

Ich denke schließlich an die Verabschiedung des Einigungsvertrages in der Tagung der Volkskammer am 20. September. Leicht haben wir es uns dabei wahrlich nicht gemacht. Dafür waren die Probleme, die wir zu lösen hatten, auch zu schwer. Aber dennoch sind wir mit großer Mehrheit zu der Überzeugung gekommen: Der Einigungsvertrag ist eine solide Grundlage und ein tragfähiges Gerüst für Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands. Der eigentliche Prozeß der Vereinigung aber liegt noch vor uns. Wir brauchen dafür nicht nur viel Zeit, sondern auch gegenseitiges Verständnis. Es gibt eine Reihe ungelöster Fragen, die es notwendig machen, sie erneut im gesamtdeutschen Parlament zu prüfen. Auch hier werden wir wieder vor schwierige Entscheidungen gestellt. Die Lösung dieser vor uns liegenden Aufgaben werden wir finden, wenn wir nicht der Versuchung unterliegen, sie dem Kampf um die Macht unterzuordnen. Wir sollten uns davon leiten lassen, was den Aufbruch unserer jungen Demokratie so nachhaltig geprägt hat: der Wille zur gemeinsamen Verantwortung und der Einsatz für eine Politik, die das Vertrauen der Menschen in die Zukunft stärkt. Dieses Vertrauen ist in unseren Gemeinden und Städten durchaus vorhanden. Aber mit der Freude über die neugewonnene Freiheit und die wiedergefundene Einheit verbinden sich auch existentielle Sorgen um den Arbeitsplatz, um Eigentum und Wohnung. Diese Sorgen zu vernachlässigen, wäre schädlich, nicht nur für uns selbst, sondern auch für den demokratischen Aufbau in unserem Teil Deutschlands. Wir werden den Menschen die Sorgen nicht nehmen können, wenn ihre Zukunft von sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit überschattet wird. Sie brauchen eine klare Perspektive, die konkrete Erfahrung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Gerechtigkeit. Ebenso wichtig aber ist es, die neugewonnene Freiheit auch zu nutzen, Initiative zu ergreifen, jetzt anzupacken und nicht abzuwarten, was von oben angeordnet wird.

Über 40 Jahre haben wir unter der fürsorglichen Bevormundung eines Staates gelitten, der alles für uns regelte, und dafür dem einzelnen jedes Recht nahm. Nun, da diese Fremdherrschaft abgeschüttelt ist, entscheidet nicht mehr ein verordneter Lebensplan über unsere Zukunft, sondern die Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung des einzelnen. In Zeiten des Wandels kommt es darauf an, die eigenen Fähigkeiten und Einsichten einzubringen. Wir können dabei auf wertvolle Erfahrungen zurückblicken. Es ist die Erfahrung einer friedlichen Revolution, in der die Menschen aus eigener Kraft sich von der erzwungenen Lüge befreiten, in der sie die Freiheit ohne Gewalt erstritten.

Diese Revolution war ein Akt demokratischer Selbstbestimmung im besten Sinne. Sie ging von den Menschen aus, die die Politik zu ihrem Anliegen machten, indem sie die Chance zur Freiheit nutzten, indem sie den offenen Dialog forderten und sich für eine friedliche Regelung von Konflikten einsetzten. Die neuen Bürgerbewegungen haben an dieser Revolution von unten einen entscheidenden Anteil. Am Runden Tisch haben sie auf eindrucksvolle Weise in einer schwierigen Zeit den demokratischen Neubeginn in unserem Land mitgestaltet. Wir haben in Erinnerung gerufen, daß die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung immer im eigenen Lebenskreis beginnt. Sie haben bewußtgemacht, daß Wandel sich nur einstellen wird, wenn wir selbst dazu beitragen. Letzten Endes leben die Freiheit und die Rechte auf ein menschenwürdiges Dasein, auf Gerechtigkeit und Solidarität von dem, was wir selbst daraus machen. Diese Rechte verkümmern, wenn wir sie nur als Ansprüche gegenüber dem Staat einfordern. Wir selbst müssen das Leben aufrichten – in unserem eigenen Innern, im Verhältnis zu unseren Mitmenschen und Nachbarn, im Verhältnis zu unserer natürlichen Umwelt.

Was wir als Erfahrung aus unserer friedlichen Revolution auch hinübernehmen in die Einheit, ist die Freiheit zur Wahrheit aus eigener Kraft. Sie bestärkt uns nicht nur in unserem Zutrau-

en, sondern auch in der Notwendigkeit, die Akten der Vergangenheit als einen Teil unserer Geschichte anzunehmen und aufzuarbeiten. Wie wichtig dies ist, aber wie schwierig zugleich, haben gerade die zurückliegenden Wochen und insbesondere die Tagung am letzten Freitag gezeigt.

Einerseits sollen der Erhalt und die Nutzung der Stasi-Akten dazu dienen, Unrecht zu benennen und den Opfern Recht und Entschädigung zukommen zu lassen. Andererseits haben wir erfahren müssen, wie die gleichen Akten aus Opfern Tätern machten und die Wahrheit über die wirklichen Täter verschleierten. Diese Akten der Vergangenheit werden uns noch für eine unabsehbare Zeit in die Zukunft begleiten, aber sie dürfen diese Zukunft nicht auf Dauer belasten.

Wo Unrecht geschehen ist, muß Unrecht benannt werden. Doch so, wie wir das Recht achten wollen, so müssen wir uns vor Selbstgerechtigkeit hüten, um nicht neues Unrecht zu schaffen. Nur dann werden wir der Gerechtigkeit ihren Weg bahnen, werden wir uns von den Belastungen der Vergangenheit befreien und dem inneren Frieden einen Dienst leisten.

Diese Vorgeschichte ist nur ein Bereich, der uns noch im vereinten Deutschland trennt. Wir sind in den vergangenen Jahren in beiden Teilen von ganz unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungswelten geprägt worden. Jetzt, wenn wir zusammenwachsen, werden diese Unterschiede deutlicher als zuvor. Morgen wird die staatliche Einheit vollendet. Mit der Einheit in unseren Köpfen und Herzen stehen wir jedoch noch am Anfang unseres Vereinigungsprozesses.

Viel Geduld und Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten werden notwendig sein, damit keine Seite Schaden nimmt, damit alte Gräben zugeschüttet werden und neue nicht entstehen können.

Was wir von unserer Seite mitnehmen wollen aus der Zeit unseres demokratischen Neubeginns, ist die Hoffnung auf bessere menschliche Beziehungen, ist die Achtung vor dem Andersdenkenden, ist der Respekt vor der unveräußerlichen Würde des Menschen und seiner Individualität. Darauf hoffen wir nicht nur, darauf wollen wir uns auch verpflichten. Die Maßstäbe dafür müssen wir selbst finden, indem wir unsere Herzen öffnen, nicht gleichgültig nebeneinander leben, sondern uns gegenseitig annehmen und helfen.

Gerade gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern sind wir hier gefordert. Wir wollen nicht neue Mauern aufbauen, unter deren Lasten wir in der Vergangenheit selbst so gelitten haben.

Meine Damen und Herren! In dieser letzten Sitzung der Volkskammer werden sich nun unsere Wege wieder trennen. Die einen werden in ihren privaten Beruf zurückkehren, die anderen wird die Politik von neuem fordern – in Gemeinden, in Städten und in Ländern. Für 144 Abgeordnete ist dieser Abschied mit der Übernahme eines Abgeordnetenmandats im ersten gesamtdeutschen Parlament verbunden.

Wo immer Sie Ihr Weg hinführen mag, ein reicher Schatz an Erfahrungen wird Sie dabei begleiten, neue Herausforderungen werden sich stellen. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg von ganzem Herzen Glück und Erfolg. Vielen Dank.

(Starker Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren! Mit diesem Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer ist die 38. Tagung der Volkskammer und damit unsere letzte Tagung des ersten frei gewählten Parlaments der DDR beendet. Danke schön.

(Ende der Tagung: 18.45 Uhr)

